



Mitteilungen der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die konstituierende Sitzung der neu gewählten Vertreterversammlung (VV) fand erst nach Redaktionsschluss für dieses PTJ statt. In dieser Sitzung der VV wurden der Vorstand und die Ausschüsse sowie die Delegierten des Deutschen Psychotherapeutentages gewählt. Auf der Homepage finden Sie, wer gewählt wurde.

Der neue Vorstand und die Ausschüsse werden viel Arbeit vor sich haben. Eine wichtige Aufgabe wird die Umsetzung der geplanten Reform des Psychotherapeutengesetzes sein, das Ende nächsten Jahres in Kraft treten soll. Die vorgesehene neue Struktur mit einem über die Approbationsordnung geregelten Studium und Weiterbildung nach der Approbation wird in der Umsetzung sicher viele Fragen und Probleme aufwerfen, die in den Kammergremien diskutiert und gelöst werden müssen. Der Gesetzesentwurf ermöglicht die Umsetzung einer ambulanten und stationären Weiterbildungsphase, die aus fachlicher Sicht auch unbedingt erforderlich sind. Weiter zu klären ist, wie in den anderen institutionellen Bereichen wie Jugendhilfe oder Rehabilitation eine Weiterbildungszeit realisiert werden kann.

Die Regularien der Weiterbildung werden durch die Weiterbildungsordnung (WBO) der Kammern festgelegt und die Kammer wird deren Um-

setzung sowohl in Kliniken als auch künftigen Weiterbildungsinstituten überprüfen. Erfahrungen aus der aktuellen Ausbildung und Überlegungen, wie die zukünftige Weiterbildung im Vergleich zur Ausbildung verbessert werden kann, werden in die WBO eingehen, um die Qualifikation von Psychotherapeuten für eine möglichst breite Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen sicher zu stellen.

Eine bessere Versorgung von psychisch erkrankten Menschen aus allen Lebensbereichen und sozialen Schichten wird auch in Zukunft eine Herausforderung sein, die nur gelingen kann, wenn die Kooperation zwischen den verschiedenen Berufsgruppen und Institutionen verbessert wird, damit weniger Menschen durch das Versorgungsnetz fallen. Auch damit werden sich die Kammer und ihre Mitglieder weiterhin auseinandersetzen müssen, damit psychisch kranke Menschen ebenso gut versorgt werden wie körperlich Kranke.

Ihr Kammervorstand

Dietrich Munz, Martin Klett,
Kristiane Göpel, Birgitt Lackus-Reitter,
Roland Straub

Kammerwahl 2018 – Ergebnisse

Am Dienstag, den 27. November 2018 wurden unter Aufsicht von Wahlleiter Rechtsanwalt Claus Benz und dem Wahlausschuss die Stimmen der diesjährigen Kammerwahl ausgezählt. Am späten Abend lagen die Ergebnisse vor.

Insgesamt nahmen 3.073 von 6.023 wahlberechtigten Kammermitgliedern an der Wahl teil, was einer Beteiligung von 51,0 % entspricht. 132 Stimmen waren ungültig, weil sie nach dem Stichtag eingingen, mehrere Angaben enthielten oder nicht verschlossen waren. Die Anzahl gültiger Stimmen betrug damit 2.941. Davon entfielen 2.284 Stimmen (79,8 %) auf die Psychologischen Psychotherapeuten (PP), 579 (20,2 %) auf die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (KJP). 78 Stim-

men entfielen auf die Psychotherapeuten in Ausbildung (PIA).

Danach stehen den PP 32 und den KJP 8 Sitze zur Verfügung. Für die PIAs ist die Anzahl der Sitze gemäß § 7 Abs. 3a der Wahlordnung der Landespsychotherapeutenkammer auf zwei festgelegt. Die Verteilung der Sitze wurde gemäß § 20 Abs. 3 der Wahlordnung nach dem Verfahren von Saint-Lagué/Schepers auf der Basis der Listenstimmen und dem Verhältnis PP zu KJP ermittelt (Wahlordnung § 19 Abs. 3). Neu an der diesjährigen Wahl war, dass es neben einer Stimme für die jeweilige Liste noch die Möglichkeit gab, je Liste bis zu drei Stimmen an die Einzelkandidaten zu vergeben. Die Tabelle zeigt das Wahlergebnis für die Listenstimmen im Überblick.

Gesamtergebnis/Sitzverteilung

Auch 2018 wurde das „Psychotherapeutenbündnis Baden-Württemberg“ (Listenführer – jeweils in Klammer: Dr. Dietrich Munz) mit einem Gesamtanteil der Listenstimmen von 39,3 % und 15 Sitzen stärkste Fraktion. Zweitstärkste Gruppe wurde mit einem Anteil von 16,5 % die „Freie Liste“ (Prof. Dr. Josef Bailer, 6 Sitze), gefolgt von der „Neuen Gemeinsamen Liste“ (NGL; Mareke de Brito Santos-Dodt) mit 15,9 % der Listenstimmen (7 Sitze). Ebenfalls 6 Sitze gehen an „VT & mehr“ (13,0 %; Günter Ruggaber) und die „Die Angestellten“ (11,3 %, Dr. Roland Straub). Auf knapp unter 5 % kam die Liste „Psychotherapie in Beratungsstellen“ (4,4 %, Ullrich Böttinger, 2 Sitze). Das prozentuale

Gesamtergebnis kann aufgrund des PP-KJP-Verhältnisses von der Zahl der Sitze abweichen.

Die **höchsten Einzelstimmenanteile** erhielten bei den **Psychologischen Psychotherapeuten** (in Klammer die Anzahl an Einzelstimmen):

1. Ulrike Böker, PT-Bündnis BW (454),
2. Dr. Dietrich Munz, PT-Bündnis BW (409),
3. Rolf Wachendorf, Freie Liste (374),
4. Birgitt Lackus-Reitter, PT-Bündnis BW (358),
5. Dr. Peter Baumgartner, PT-Bündnis BW (300),
6. Sabine Schäfer, NGL (242),
7. Mareke Santos-Dodt, NGL (239),
8. Dr. Alessandro

Cavicchioli, NGL (215), 9. Prof. Dr. Josef Bailer, Freie Liste (197), 10. Dr. Daniel Weimer, PT-Bündnis BW (153). Vertreter der Universitäten ist weiterhin Prof. Georg Alpers, Uni Mannheim.

Die **höchsten Einzelstimmenanteile** erhielten bei den **Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten**:

1. Dorothea Groschwitz, PT-Bündnis BW (222),
2. Martin Klett, PT-Bündnis BW (208),
3. Erik Nordmann, Die Angestellten KJP (122),
4. Andreas Weber, PT-Bündnis BW (117),
5. Dr. Judith Arnscheidt, VT & mehr und Dr. Hendrik Büch, Freie Liste (je 106).

Ergebnisse Psychotherapeuten in Ausbildung (PiA)

Für die Vertretung der PiA in der Delegiertenversammlung der LPK wurden Alexandra König (VT & mehr, 24 Stimmen) und Anna Stylianopoulou (Die Angestellten, 13 Stimmen) gewählt.

Der Vorstand dankt dem Wahlleiter RA Claus Benz, dem stellvertretenden Wahlleiter Alfred Morlock, den Wahlausschuss-Mitgliedern Margarete Leibig, Carmen Seifer und Bernd Ochs-Thurner sowie den Mitarbeitern der Geschäftsstelle für ihr großes Engagement bei der Wahlauszählung! Die Einzelergebnisse finden Sie auf der Kammerhomepage unter <https://www.lpk-bw.de/node/798>.

Übersicht Ergebnis Kammerwahl 2018

Listen	PP			KJP			PiA			Gesamt			+/- %
	n	%	Sitze	n	%	Sitze	N	%	Sitze	n	%	Sitze	
PT-Bündnis BW	824	36,1	11	313	54,1	4	23	25,6	0	1160	39,4	15	-1,7
Freie Liste	389	17,0	5	82	14,2	1	–	–	–	471	16,0	6	+5,6
NGL	424	18,6	6	41	7,1	1	–	–	–	465	15,8	7	-2,1
VT und mehr	253	11,1	4	91	15,7	1	35	44,9	1	379	12,9	6	+1,0
Die Angestellten	266	11,6	4	52	9,0	1	20	29,5	1	338	11,5	6	+1,7
PT in Beratungsstellen	128	5,6	2	–	–	–	–	–	–	128	4,4	2	-0,2
Gesamt	2.284	100	32	579	100	8	78	100	2	2.941	100		

Legende: n = Anzahl Listenstimmen, % = prozentualer Anteil der jeweiligen Gesamtzahl der Stimmen, Sitze = Anzahl der Mandate in der Vertreterversammlung, – = Liste stand nicht zur Wahl; letzte Spalte (+/-): Anteil Veränderung gegenüber Kammerwahl 2013 in %

Bedarf, Bedarfsplanung, psychotherapeutische Versorgung in Baden-Württemberg – Gespräch mit Jochen Haussmann (FDP, MdL)

Zu Bedarf(-splanung) und psychotherapeutischer Versorgung in Baden-Württemberg informierte sich in der Kammergeschäftsstelle MdL Jochen Haussmann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP und deren Sprecher für Gesundheitspolitik. Am Gespräch mit Kammerpräsident Dr. Dietrich Munz waren auch der parlamentarische Berater Markus Flandi (FDP) sowie Dr. Rüdiger Nübling (LPK) beteiligt.



Dr. Dietrich Munz und MdL Jochen Haussmann

Diskutiert wurde die Notwendigkeit einer am realen Bedarf orientierten Bedarfsplanung für die ambulante Psychotherapie in Baden-Württemberg. Hierzu hatte die LPK ein Paper vorbereitet, das aktuelle Zahlen zur „offiziellen“ Bedarfsplanung (nur sechs Landkreise < 110 % Versorgung) sowie zur Modellrechnung der BPTk auf der Basis realistischerer Annahmen (u. a. Epidemiologie) enthielt (34! Landkreise < 110 %). Nötig sei, so

Dr. Munz, eine Reform der Bedarfsplanung, wie sie schon seit mehreren Jahren gefordert werde sowie als Sofortprogramm eine befristete Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen für Psychotherapeuten und Anpassung der derzeit gültigen Planungs- bzw. Verhältniszahlen an die der durchschnittlichen fachärztlichen Versorgung. Dies ergäbe für Baden-Württemberg immerhin 250 neue Sitze, vor allem in ländlichen Regionen. Nach LPK-Angaben werden

landesweit ca. 1.100 zusätzliche Sitze benötigt. Auf die Frage von MdL Haussmann, ob es hierfür genügend Psychotherapeuten gäbe, meinte Präsident Munz, dass diese umgehend besetzt werden könnten; es stünden genügend v. a. junge approbierte Psychotherapeuten zur Verfügung.

Weitere Themen drehten sich um die gesundheitsökonomische Bedeutung von Psychotherapie (u. a. das positive

gesamtgemeinschaftliche Kosten-Nutzen-Verhältnis von 1:3 bis 1:5, d. h. bei einem in Psychotherapie „investierten“ Euro ergeben sich 3–5 € Nutzen) sowie um die Möglichkeiten der Prävention von psychischen Erkrankungen möglichst bereits im Kindes- und Jugendalter. Die LPK-Analyse zur Bedarfsplanung finden Sie auf der Homepage unter: <https://www.lpk-bw.de/sites/default/files/news/2019/20190113-lpkbw-am-bedarf-orientierte-bedarfsplanung.pdf>

Psychotherapeutische Versorgung wohnungsloser Menschen

Menschen in Wohnungsnot sind in besonderer Weise von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen und in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt. Sie sind häufig psychisch krank, viele chronisch, und bedürfen u. a. auch psychotherapeutischer Hilfe. Die wichtigsten Gründe für Wohnungslosigkeit sind neben einer Abhängigkeits- oder anderen chronischen Erkrankung vor allem auch Arbeitsplatzverlust, Überschuldung, Trennung/Scheidung, häusliche Gewalt und/oder mangelnde Mittel, um die eigene Miete bezahlen zu können. Die Zahl der Wohnungslosen stieg bundesweit seit 2014 von ca. 360.000 auf ca. 1,2 Mio. Menschen.

Im Gespräch mit dem Psychotherapeuten Jochen Ostertag konnte sich der Vorstand der LPK BW über ein Projekt zu diesem wichtigen Thema informieren. In Trägerschaft von Caritasverband, Evangelischer Gesellschaft und dem Sozialdienst Katholischer Frauen wurde in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt der Stadt Stuttgart und mit Förderung der Vector-Stiftung 2017 das Projekt

MediA (Medizinische Assistenz) ins Leben gerufen, um Menschen in Wohnungsnot besser gerecht zu werden. Von drei geförderten Teilprojekten ist eines auf die Stärkung der seelischen Gesundheit ausgerichtet. Hierin ist auch die psychotherapeutische Versorgung von Wohnungslosen bzw. Menschen in Wohnungsnot von besonderer Bedeutung.

Der bisherige Projektverlauf hat, wie Ostertag hervorhob, gezeigt, dass ein größerer Teil der betroffenen Menschen motiviert ist für eine psychotherapeutische Begleitung, aber nur schwer Behandlungsmöglichkeiten in der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung zu finden sind. Es wäre deshalb wichtig, niedergelassene Psychotherapeuten für die Problemlagen Wohnungsloser bzw. in Wohnungsnot befindlicher psychisch kranker Menschen zu sensibilisieren. Die LPK BW unterstützt als Kooperationspartner diese Zielrichtung und will ihre Mitglieder zunächst im Raum Stuttgart, aber auch in anderen Regionen Baden-Württembergs dazu motivieren, entsprechend Behandlungsplätze anzubieten. Infos u. a. <https://www.caritas-stuttgart.de/hilfe-beratung/wohnungslos/> unter Grundversorgung/MediA.



V. l. n. r.: Birgitt Lackus-Reiter, Martin Klett, Dr. Dietrich Munz, Jochen Ostertag, Dr. Roland Straub, Kristiane Göpel

Treffen mit dem „Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg“

Vorstandsmitglied Birgitt Lackus-Reiter und Präsident Dr. Dietrich Munz nahmen an einem Treffen mit den Verantwortlichen des „Netzwerks LSBTTIQ (=Lesbisch-Schwul-Bisexuell-Transsexuell-Transgender-Intersexuell und Queer) Baden-Württemberg“ teil. Sie berichteten von Versorgungsschwierigkeiten für betroffene Patienten, insbesondere bei

betroffenen Flüchtlingen. Eine Verfolgung wegen der sexuellen Orientierung und des Geschlechts sei ein Asylgrund, aber trotzdem könnten viele Flüchtlinge aus Scham ihre sexuelle Orientierung nicht offenbaren, was vor allem für Flüchtlinge aus islamischen Ländern gelte. Anliegen des Vereins ist es, die Flüchtlinge und auch die Behandler zu sensibilisieren, die

sexuelle Orientierung zu offenbaren, um die Chancen auf Gewährung von Asyl zu verbessern. Der Verein sucht außerdem dringend Behandler und Gutachter, worauf wir hier aufmerksam machen wollen. Birgitt Lackus-Reiter hat zudem einen Verantwortlichen des Vereins in die Menschenrechtskommission der LÄK und LPK BW eingeladen.

Landeskongress Gesundheit – Ministerpräsident Kretschmann setzt auf gesicherte und umfassende Patientenversorgung

„Wir setzen beim Thema Gesundheit in Baden-Württemberg auf eine gesicherte, umfassende Patientenversorgung“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei der Eröffnung des vierten Landeskongresses Gesundheit Baden-Württemberg. „Dafür brauchen wir eine Kultur der Innovationen, eine noch intensivere Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sowie Offenheit für neue Partnerschaften und ungewöhnliche Allianzen.“

Beim diesjährigen Kongress unter dem Motto „Gesundheit – von Menschen für Menschen“ in der Messe Stuttgart kamen Verantwortungsträger und Entscheider aus allen relevanten Bereichen der Gesundheitsversorgung zusammen, um über aktuelle und kommende Aufgaben und Problemstellungen im baden-württembergischen Gesundheitswesen zu diskutieren.

Impulsgeber für Diskussion und Austausch waren u. a. die Referate von Dr. Thomas Gebhart, MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Gesundheit, über aktuelle Herausforderungen der Gesundheits- und Pflegepolitik und von Sylvia Kern, Geschäftsführerin der Deutschen Alzheimer Gesellschaft, zu aktuellen Problemen der Patientenversorgung.



Ministerpräsident Winfried Kretschmann beim Eröffnungsvortrag

In sechs Foren am Nachmittag, von denen eines von Kammerpräsident Dr. Dietrich Munz und ein weiteres von LPK-Geschäftsführer Christian Dietrich geleitet wurde, tauschten sich die Teilnehmer an Thementischen nach dem World-Café-Konzept zu spezifischen gesundheitspolitischen Fragen aus (Übersicht unter https://www.messe-stuttgart.de/medizin/fileadmin/media/20190121_World_Cafe_Foren_LKG2019.pdf) aus. Dr. Munz moderierte das Thema „Mens sana in corpore sano?“ Wie verträgt sich die Zunahme psychischer Erkrankungen mit dem ho-

hen somatischen Versorgungsniveau?“ Er stellte fest, dass psychische Erkrankungen nicht zugenommen haben, sondern weniger stigmatisiert und v. a. von Hausärzten häufiger diagnostiziert würden. Dabei bestehe „die Gefahr, dass bei zunehmend technisierter Fachmedizin auf psychische Belastungen körperlich kranker Menschen zu wenig eingegangen“ werde, so Dr. Munz. Weiterhin ging es u. a. darum, wie sich strukturelle Probleme bei der Patientenversorgung überwinden lassen oder ob das tradierte ärztliche Handeln noch den Bedürfnissen der Patienten entspricht.

Veranstaltungen

„Kammer im Gespräch“ im Rahmen der Landespsychologenkonferenz, Dienstag, 19. März 2019, 9.30–16.30 Uhr, Villa Eberhardt, Ulm. Auch diesmal ist es gelungen, die Konferenz mit einer LPK-Veranstaltung zu verbinden. Dr. Britta Jäntschi (Klinikum Stuttgart, Institut für Klinische Psychologie) wird zum Thema „Verbale und tätliche Übergriffe im Dienst – Aufbau eines multiprofessionellen Kriseninterventionsteams in der

Psychiatrie“ vortragen. Anschließend informieren Vertreter der Kammer zu aktuellen Themen und diskutieren Fragen und Anregungen mit den Teilnehmern. Zu „Kammer im Gespräch“ ist Präsident Dr. Munz sowie Vorstandsmitglied Dr. Straub angekündigt. Es können insgesamt sechs Fortbildungspunkte erworben werden. Programm und weitere Infos unter: <https://www.lpk-bw.de/fortbildung/veranstaltungen>.

Geschäftsstelle

Jägerstr. 40
70174 Stuttgart
Mo.–Do.: 9.00–12.00, 13.00–15.30 Uhr
Fr.: 9.00 – 12.00 Uhr
Tel. 0711/674470-0
Fax 0711/674470-15
info@lpk-bw.de
www.lpk-bw.de